

Protokoll
über die 45. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am
04.10.2023

Beginn: 17:15 Uhr
Ende: 19:53 Uhr
Ort: Stadthaus, Am Packhof 2 - 6, Raum E.070

Anwesenheit

Vorsitzender

Block, Wolfgang entsandt durch Fraktion DIE LINKE

1. Stellvertreter des Vorsitzenden

Dorfmann, Regina entsandt durch Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

2. Stellvertreter des Vorsitzenden

Klemkow, Gret-Doris entsandt durch SPD-Fraktion

ordentliche Mitglieder

Claussen, Norbert	entsandt durch CDU/FDP-Fraktion
Schröder, Annelie	entsandt durch SPD-Fraktion
Gerner, Sibylle	entsandt durch Fraktion Unabhängige Bürger
Glüer, Matthias	entsandt durch freie Träger
Gajek, Lothar	entsandt durch Zählergemeinschaft
Hagen, Olaf	entsandt durch freie Träger
Timmermann, Kristina	entsandt durch freie Träger

stellvertretende Mitglieder

Brumme, Astrid	entsandt durch freie Träger
Marquardt, Steffen	entsandt durch freie Träger
Munzert, Thomas	entsandt durch CDU/FDP-Fraktion

beratende Mitglieder

Mundt, Dennis	Agentur für Arbeit Schwerin
Skowronek, Frank	Jobcenter Schwerin

Verwaltung

Joachim, Martina	Verwaltung
Kalkbrenner, Andrea	Verwaltung
Rickert, Juliane	Verwaltung

Riemer, Daniel
Trauth, Martina

Verwaltung
Verwaltung

Gäste

Pohl, Greta

Leitung: Wolfgang Block

Schriftführer: Susanne Kroll

Festgestellte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung
2. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 43. Sitzung vom 06.09.2023 (öffentlicher Teil)
3. Mitteilungen der Verwaltung
4. Bericht über die Finanzrechnung 31.08.2023
Vorlage: 00928/2023
IV / Fachdienst Kämmerei, Finanzsteuerung
5. Überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2023
Vorlage: 00930/2023
IV / Fachdienst Kämmerei, Finanzsteuerung Riemer, Daniel
6. Mitteilung der AG Kindertagesbetreuung
7. Mitteilung der AG Hilfen zur Erziehung
8. Mitteilung der AG Jugendarbeit, Jugendsozial- und Schulsozialarbeit
9. Mitteilung des UA Jugendhilfeplanung
- 9.1. Umgang mit den gestiegenen Bedarfen in der JA, JSA, SSA
10. Sonstiges

10.1. Sitzungskalender 2024

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung

Bemerkungen:

Der Ausschussvorsitzende Herr Block eröffnet die 45. Sitzung des Jugendhilfeausschusses. Er begrüßt die Ausschussmitglieder, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung sowie die anwesenden Gäste.

Der Ausschussvorsitzende stellt die form- und fristgerechte Ladung zur Sitzung und die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Block gibt die Tagesordnung zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

zu 2 Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 43. Sitzung vom 06.09.2023 (öffentlicher Teil)

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss bestätigt die Sitzungsniederschrift der 43. Sitzung vom 06.09.2023 einstimmig.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	3

zu 3 Mitteilungen der Verwaltung

Bemerkungen:

Frau Trauth berichtet, dass Frau Maertz, Sozialarbeiterin im Bereich

Jugendarbeit/Prävention, den Dienst nach einer Langzeiterkrankung in der kommenden Woche wieder antreten wird.

Frau Trauth informiert, dass im FD Jugend eine 4. Fachgruppenleitung geplant und ausgeschrieben sei. Diese soll den Bereich Prävention leiten, welcher zum jetzigen Zeitpunkt direkt der Fachdienstleitung unterstellt ist.

Frau Trauth legt den aktuellen Sachstand zu den unbegleiteten, minderjährigen Ausländern (umAs) dar. Aufgrund der deutlich steigenden Zahlen wird eine zusätzliche Unterbringung zu der Unterkunft in der Friesenstraße geprüft.

Frau Rickert drückt ihr Bedauern zum Tod von Frau Hilbig-Fischer aus. Herr Hagen berichtet über Frau Hilbig-Fischers engagierte und tatkräftige Arbeit – sie prägte die Kinder- und Jugendhilfe der Landeshauptstadt Schwerin bis heute. Der Jugendhilfeausschuss gedenkt ihrer mit einer Schweigeminute.

Herr Glüer bittet um Informationen zur neuen Fachdienstleitung Jugend nach der Sondersitzung am 26.09.2023. Frau Trauth teilt mit, dass der Hauptausschuss positiv votiert hat und dass Frau Hirschberg zum 01.01.2024 die Stelle der Fachdienstleitung Jugend antreten wird.

zu 4 Bericht über die Finanzrechnung 31.08.2023
Vorlage: 00928/2023

Bemerkungen:

Aufgrund der Zusammengehörigkeit der Themen werden die Tagesordnungspunkt 4 „Bericht über die Finanzrechnung 31.08.23“ und Tagesordnungspunkt 5 „Überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2023“ in verbundener Aussprache beraten.

Herr Riemer führt in die Beschlussvorlage DS-Nr. 00928/2023 und Beschlussvorlage DS-Nr. 00930/2023 ein und beantwortet im Anschluss die Fragen der Ausschussmitglieder.

Frau Klemkow bittet um Informationen zum Umgang mit den Mehrbedarfen im Bereich unbegleiteter minderjähriger Ausländer (umAs) auch für das folgende Haushaltsjahr.

Herr Riemer erläutert, dass die Landeshauptstadt Schwerin zunächst in Vorleistung gehen müsse, dass die Kosten jedoch vollumfänglich über den KSV abgerechnet und somit erstattet werden. Ob die Kostenerstattung für diese Fälle noch in diesem Jahr erfolgt, ist aufgrund des gemeldeten Krankenstandes im KSV jedoch fraglich. Deshalb wird in der Prognose nicht von Mehreinnahmen ausgegangen.

Trotz der überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2023 ist Herr Riemer zuversichtlich, den Jahresabschluss positiv abzuschließen und die Konsolidierungszuweisungen für die Landeshauptstadt Schwerin zu erhalten.

Frau Dorfmann hinterfragt, ob eine zu späte Erstattung der Mehraufwendungen durch den KSV Auswirkungen auf die Konsolidierungshilfen haben könnte. Herr Riemer bestätigt, dass dies theoretisch möglich sei. Wenn sich dies jedoch abzeichnen würde, würde man in engen Austausch mit der Kommunalaufsicht

gehen, um dies lösungsorientiert zu beraten. Aus diesem Grund ist haushaltsrechtlich die Ermächtigung zu den Mehraufwendungen von Nöten.

Frau Dorfmann bittet um Informationen, wie die durch die Träger gemeldeten Mehrbedarfe haushälterisch Berücksichtigung finden könnten.

Herr Riemer berichtet, dass man sich aktuell in der Prüfung der gemeldeten Bedarfe befinde. Es wird jedoch auch deutlich gemacht, dass eine dem Härtefallfonds gleichkommende Begründung folgen müsse. Frau Rickert ergänzt, dass eine detaillierte Prüfung derzeit in Ermangelung von Unterlagen, die die Mehrbedarfe belegen, gar nicht möglich ist. Bisher wurden lediglich die Bedarfe gesammelt und in der bekannten Tabelle dargestellt. Sie macht gleichzeitig deutlich, dass die einzureichenden Unterlagen in etwa der Beantragung gem. Härtefallfonds gleichkommen würde, welche sehr detailliert erfolgen muss. Bisher liegt lediglich 1 Antrag zum Härtefallfonds vor.

Herr Claussen kritisiert, dass trotz dessen Umgang mit den Mehrbedarfen gefunden werden müsse.

Frau Klemkow bittet um Informationen, welche Möglichkeiten die Träger haben, da die Bescheide bereits rechtskräftig seien.

Frau Rickert erörtert, dass man sich hier im Zuwendungsrecht befinde und Nachverhandlungen sich schwierig gestalten. So müsse der Bedarf rechtzeitig angezeigt werden. Dies geschieht in der Regel in Form eines Änderungsantrages, der mit vollumfänglichen Unterlagen und der dazugehörigen Begründung durch den Fachdienst Jugend geprüft werden würde. Für das Verfahren 2024 müsste sich der FD Jugend mit der Rechtsabteilung ins Benehmen setzen, welche Möglichkeiten lt. Zuwendungsrecht möglich seien. Frau Brumme hätte sich diesbezüglich ein Signal in Richtung freie Träger gewünscht, um dies bei Bedarf in die Wege zu leiten.

Herr Riemer betont, dass haushälterisch festgelegt ist, dass eine besondere Härte vorliegen muss, die den Bedarf unausweichlich und unaufschiebbar macht. Denn aufgrund des rechtskräftigen Zuwendungsbescheides wurde durch die Träger eine definierte Leistung zu einem bestimmten Betrag zugesichert.

Mehrere freie Träger und politische Vertreter betonen die Bedeutsamkeit einer gemeinsamen Lösung zum Umgang mit den Mehrbedarfen zu finden und äußern ihre Sorge möglicher Folgen aufgrund fehlender Gelder.

Da der Jugendhilfeausschuss nur innerhalb seines Teilhaushaltes mit seinem Budget beschlussberechtigt ist, weist Frau Trauth auf das bereits erwähnte Verfahren hin, die Thematik politisch in die Stadtvertretung zu tragen. Herr Riemer gibt den Hinweis, dass Anträge nur zulässig sind, wenn die Deckung gesichert sei.

Frau Dorfmann erachtet es als wichtig, bei diesem Vorgehen die Unterstützung durch den Jugendhilfeausschuss deutlich darzulegen.

Herr Hagen stellt die schwierige Situation der Träger dar, dass die genauen Bedarfe oft erst am Ende des Jahres genau beziffert werden könnten. Er begrüßt jedoch den konstruktiven Austausch und unterstützt den Weg einer gemeinsamen Lösung.

Herr Marquardt schließt sich dem an und sieht die Zusammenstellung der Bedarfe als wichtige Grundlage für zukünftige Entwicklungen.

Herr Riemer erinnert, dass die Bedarfe für 2024 abgefragt wurden und von der Fachverwaltung aktuell bewertet werden. Frau Rickert macht vor diesem

Hintergrund den Verfahrensvorschlag, die Träger seitens der Verwaltung erneut, mit dem Hinweis eines Änderungsantrages für 2024, anzuschreiben und eine erneute und individuelle Prüfung zu ermöglichen.

Herr Claussen sieht den Umgang mit den Mehrbedarfen kritisch und stellt den Antrag:

„Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt, die nachweislichen Mehrkosten für Personal- und Sachkosten im Bereich §§ 11 – 13 SGB VIII zu erstatten.“

Herr Riemer gibt zu bedenken, dass die Budgetgrenze des Jugendhilfeausschusses bereits erreicht sei und der Teilhaushalt keine Gelder mehr im gültigen Rahmen bereithält.

Herr Block gibt den Antrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	1

Der Jugendhilfeausschuss stimmt dem Antrag einstimmig zu.

Frau Gerner bittet um Auskunft, ob Träger bereits angezeigt haben, dass Angebote eingestellt werden müssen. Frau Trauth informiert, dass es keine Meldung dazu seitens der Träger gäbe.

Herr Hagen befürchtet Konsequenzen im Bereich der Jugendhilfeplanung und dem Bereich Schulsozialarbeit.

Frau Dorfmann bittet, im Ausschuss über die Entwicklung der Mehrbedarfe 2024 und damit verbundener möglicher Änderungsanträge zu berichten.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht über die Finanzrechnung 31.08.2023 zur Kenntnis.

Beschluss:

1. Der vorliegende Bericht wird durch den Hauptausschuss und den Ausschuss für Finanzen zur Kenntnis genommen.
2. Die Fachausschüsse nehmen insbesondere die Darstellung zu den wesentlichen Produkten zur Kenntnis.

zu 5 Überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2023
Vorlage: 00930/2023

Bemerkungen:

Die Beschlussvorlage DS-Nr. 00930/2023 „Überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2023“ wurde in verbundener Aussprache mit dem Tagesordnungspunkt 4 DS-Nr. 00928/2023 „Bericht über die Finanzrechnung 31.08.2023“ beraten.

Beschluss:

Die Stadtvertretung beschließt überplanmäßige Aufwendungen i. H. v. insgesamt 14.470.000 Euro und Auszahlungen i. H. v. insgesamt 12.070.000 Euro für:

- den Teilhaushalt 04 Jugend (6.600.000 Euro),
- den Teilhaushalt 05 Bildung und Sport (1.570.000 Euro bzw. 370.000 Euro),
- den Teilhaushalt 06 Soziales (1.200.000 Euro bzw. 0 Euro),
- den Teilhaushalt 15 Zentrale Finanzdienstleistungen (3.200.000 Euro) und
- für Personalaufwendungen und -auszahlungen (1.900.000 Euro).

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	10
Nein-Stimmen:	1
Enthaltung:	2

zu 6 Mitteilung der AG Kindertagesbetreuung

Bemerkungen:

Frau Timmermann informiert, dass die AG Kindertagesbetreuung seit der letzten Sitzung nicht wieder getagt hat. Die nächste Sitzung findet am 25.10.2023 statt.

Herr Claussen bittet um Mitteilung möglicher Dissensen beim Raumbedarf des Hortes Mueßer Berg. Frau Joachim erläutert, dass es Unstimmigkeiten zwischen der Verwaltung und der Kita gGmbH gegeben hat. Aus diesem Grund hat Frau Preuß den KSV um Stellungnahme gebeten. Diese steht zum jetzigen Zeitpunkt jedoch noch aus.

Herr Claussen kritisiert die sich ihm darliegende Situation der Kindertagespflegepersonen und das Verfahren der neuen Entgelte. Des Weiteren hinterfragt er eine mögliche Zahlung der Inflationsausgleichsprämie an die Kindertagespflegepersonen.

Frau Joachim erläutert, dass die neuen Entgelte unter Anerkennung der Förderleistung ab März dem Jugendhilfeausschuss in der Novembersitzung vorgelegt werden. Eine Zahlung der Inflationsausgleichsprämie sei nicht möglich.

Herr Claussen kritisiert, dass die Evaluation des Personalschlüssels trotz Stadtvertreterbeschluss noch nicht begonnen wurde. Er sieht das Abwarten auf den Landesrahmenvertrag nicht als zielführend.

Herr Claussen beanstandet das geänderte Verfahren zur Meldung der freien Kapazitäten der Kindertagesstätten. Dies wurde schließlich durch einen Beschluss der Stadtvertretung festgelegt.

Frau Joachim begründet diese Entscheidung dadurch, dass eine lückenlose Meldung der Träger nicht möglich sei und dies zur Verwirrung der Eltern führe. Auf Grund dessen habe man sich entschieden, stattdessen einen Link direkt auf die Webseite des Trägers einzufügen.

zu 7 Mitteilung der AG Hilfen zur Erziehung

Bemerkungen:

Herr Marquardt berichtet über die Sitzung der AG Hilfen zur Erziehung (HzE) vom 22.09.2023. Das Protokoll wird den Mitgliedern nach Freigabe durch die Sprecher zur Verfügung gestellt.

Herr Marquardt berichtet über positive Entwicklungen zum Thema Bedingungsrahmen HzE. Die freien Träger und der Allgemeine Soziale Dienst (ASD) konnten eine Übereinstimmung herstellen. Zukünftig möchte man eine Feedbackkultur implementieren, um die Entwicklung stetig weiter voranzubringen.

Des Weiteren wurde sich darauf verständigt, wie Kosten von Leistungen abgesichert werden könnten.

Die umA-Einrichtung des DRK wurde vorgestellt. Herr Marquardt berichtet über einen sehr konstruktiven Austausch aller Beteiligten.

Herr Marquardt berichtet, dass man zukünftige kurz-, mittel- und langfristige Bedarfe im Bereich der Hilfen zur Erziehung in der AG kommunizieren und steuern wolle.

zu 8 Mitteilung der AG Jugendarbeit, Jugendsozial- und Schulsozialarbeit

Bemerkungen:

Herr Hagen berichtet über die Sitzung der AG Jugendarbeit, Jugendsozial- und Schulsozialarbeit vom 30.06.2023. Das Protokoll liegt den Ausschussmitgliedern vor.

Am 29.09.23 hat die Jugendhilfeplanerin Frau Thalheim zu Zahlen und Fakten der Jugendhilfe in der Landeshauptstadt Schwerin berichtet. Das Protokoll wird den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses zur Verfügung gestellt.

Zukünftige Themen sollen Kinderarmut, die Entwicklung der Schulsozialarbeit zusammen mit den Schulen und Angebote der Integration sein. Herr Hagen betont, dass man sich den verschiedenen Problemlagen stellen müsse.

Herr Hagen führt in den Antrag zum ESF-Plus-Programm ein und beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

Frau Kroll informiert, nach vorheriger Rücksprache mit dem Sitzungsdienst, dass die Formulierung „die Stadtvertretung“ gestrichen werden müsse. Der Antragsteller stimmt diesem Vorgang zu.

Im Anschluss gibt Herr Block den Antrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Der Jugendhilfeausschuss beschließt folgenden Beschlussvorschlag:

„Der Jugendhilfeausschuss beauftragt den Oberbürgermeister mit dem Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport des Landes Mecklenburg-Vorpommern in Verhandlung zu treten, um eine deutliche Anhebung der

Fördersummen zur Umsetzung der Jugend- und Schulsozialarbeit im Rahmen des ESF-Plus-Programms für die Jahre 2023ff zu erwirken.“

Herr Claussen regt an, die Thematik Schulsozialarbeit in einer der kommenden Sitzungen als Tagesordnungspunkt aufzugreifen. Seitens der Mitglieder erfolgt kein Widerspruch.

zu 9 Mitteilung des UA Jugendhilfeplanung

Bemerkungen:

Frau Dorfmann berichtet über die Sitzung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung. Das Protokoll wird den Mitgliedern nach Freigabe zur Verfügung gestellt.

Thematisiert wurde die schlüssige Darstellung von erarbeitetem Zahlenmaterial gegenüber dem Jugendhilfeausschuss. In der Novembersitzung wird dazu eine Tabelle vorgestellt

Des Weiteren befasse man sich mit dem Umgang der gestiegenen Bedarfe. Ziel ist es, die Anträge mit positivem Votum des Jugendhilfeausschusses in die Stadtvertretung zu bringen.

Frau Dorfmann lobt die konstruktiven Sitzungen des Unterausschusses, bittet jedoch die politischen Vertreter des UA um eine aktivere Teilnahme, da es sonst zu einem möglichen Missverhältnis komme.

zu 9.1 Umgang mit den gestiegenen Bedarfen in der JA, JSA, SSA

Bemerkungen:

Frau Dorfmann führt in den Antrag ein und beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

Herr Gajek beantragt den Beschlussvorschlag inhaltlich getrennt abzustimmen. Seitens der Ausschussmitglieder erfolgt kein Widerspruch.

Herr Block gibt den ersten Teil des Beschlussvorschlages zur Abstimmung.

„Die Verwaltung prüft, die von den freien Trägern der Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und Schulsozialarbeit gemeldeten zusätzlichen Finanzbedarfe für das Jahr 2023.“

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	10
Nein-Stimmen:	1
Enthaltung:	0

Im Anschluss gibt der Vorsitzende den zweiten Teil des Beschlussvorschlages zur Abstimmung.

„Die gemeldeten überplanmäßigen Ausgaben werden um die ermittelte

Summe ergänzt, die für diese Arbeit benötigt wird.“

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	1
Enthaltung:	1

zu 10 Sonstiges

Bemerkungen:

Herr Claussen bittet, die Auswirkungen für den städtischen Haushalt aufgrund der gestiegenen Preise bei der Essensversorgung darzulegen.

Herr Claussen hinterfragt die Schlichtungsergebnisse der Schiedsstellverfahren im Bereich der LQEV Kita aus dem Jahr 2022. Er bittet um die Darstellung der Auswirkungen bezogen auf Verwaltungs- und Trägerseite.

zu 10.1 Sitzungskalender 2024

Bemerkungen:

Herr Claussen hinterfragt, ob die Termine mit dem Sitzungsdienst abgestimmt sind.

Frau Kroll erwidert, dass diese vom Sitzungsdienst bereitgestellt werden.

Herr Block gibt den Sitzungskalender bis Mai 2024 zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

gez. Wolfgang Block

Vorsitzende/r

gez. Susanne Kroll

Protokollführer/in